

Österreich

Paul Luif

Die Volks-Wahl zum Bundespräsidenten am 25. April 2010 brachte keine Überraschung. Die ÖVP und die Grünen hatten keine Kandidaten nominiert; Heinz Fischer wurde mit 79 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung betrug niedrige 53,6 Prozent.¹ Offensichtlich auch wegen umstrittener Aussagen zu Gaskammern und das Verbotsgesetz erreichte die Kandidatin der FPÖ, Barbara Rosenkranz, nur 15 Prozent der Stimmen.² Europapolitik spielte in der Wahlbewegung keine Rolle.

Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament

Die vorliegenden Analysen der Europaparlamentswahl in Österreich vom Juni 2009³ zeigten unterschiedliche Befunde zu den Nichtwählern. So wurde in einer Studie unter den jüngeren Wählern eine größere Wahlenthaltung gesehen;⁴ eine andere Analyse sprach hingegen von einer sinkenden Wahlbeteiligung mit dem Alter⁵. Nicht überraschend fanden die Meinungsforscher als Motive, nicht zur Wahl zu gehen, Desinteresse bzw. Unzufriedenheit mit der EU. Im Vergleich zu früheren Europawahlen hat sich die Zahl der Befragten, die aus genereller Unzufriedenheit mit der Politik allgemein (ohne EU-Bezug) nicht wählten, verdoppelt.⁶ Mit steigendem Bildungsgrad nahm die Bereitschaft, an den Europawahlen teilzunehmen, kontinuierlich zu. Stark unterschieden sich die Wähler von den Nichtwählern bei den zentralen politischen Einstellungen. So war bei den Nichtwählern die Meinung, dass der Beitritt Österreichs zur EU eine „falsche Entscheidung“ war, mit 39 Prozent fast doppelt so hoch wie bei den Wählern (22 Prozent). Unter den Nichtwählern hat sich jedoch, verglichen mit den Wahlen 2004, der Anteil an den EU-Gegnern verringert. Dies ist wahrscheinlich auf die positivere Einstellung der Österreicher zur EU im Zuge der Wirtschaftskrise zurückzuführen.⁷

Trotz eines Verlustes von knapp 3 Prozent erzielte die ÖVP mit 30 Prozent den höchsten Anteil an Wählerstimmen. Sie konnte ihr Wählerpotential einigermaßen mobilisieren. Die Hälfte der Wähler der ÖVP (wie auch der SPÖ) wählten die Partei aus Tradition. Für 18 Prozent der ÖVP-Wähler galt die EU-Kompetenz der Partei als Wahlmotiv. Die SPÖ verlor fast 10 Prozent und erreichte nur mehr einen Anteil von 23,7 Prozent. Bei ihren

1 Nach http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/bpw_2010/Ergebnis.aspx.

2 Rosenkranz schwächste FPÖ-Kandidatin, in: DiePresse.com, 11.5.2010.

3 Siehe zum Wahlkampf und den Ergebnissen Paul Luif, Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2009*, Nomos, Baden-Baden 2010, S. 391-394.

4 Franz Sommer: Analyse zur Europaparlamentswahl 7. Juni 2009, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hrsg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2009*, Böhlau, Wien-Köln-Weimar 2010, S. 93-111, hier S. 101; der Autor analysiert Ergebnisse zweier Wahltagsbefragungen von GfK.

5 Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Eva Zeglovits: WählerInnen und NichtwählerInnen in den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, in: *Raison*, Nr. 2, 2009, S. 9-15, hier S. 11; die Autoren verwenden Daten des Forschungsinstituts SORA.

6 Sommer, Anmerkung 4, S. 106.

7 Sommer, Anmerkung 4, S. 101-103.

Wählern spielte der Einsatz der Partei für soziale Gerechtigkeit eine wichtige Rolle. Die Partei konnte vor allem ihre EU-kritischen Anhänger nur wenig mobilisieren. Bei den Wählern der Liste Martin dominierten Protestmotive gegen die EU und das Europaparlament viel stärker als bei den Wählern der anderen Parteien.⁸ Offensichtlich galt er für seine Wähler als ein „untypischer Politiker“. Der Protest der FPÖ-Wähler konzentrierte sich nicht auf EU-spezifische Kritikpunkte, sondern eher auf die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Hauptmotiv war jedoch das Eintreten der Partei gegen Zuwanderung und dem EU-Beitritt der Türkei.⁹ Die Grünen punkteten mit dem Umweltschutz, sozialen Positionen und der Kompetenz in EU-Fragen.¹⁰

Nach der Wahl im Juni 2009 hatte sich die FPÖ um Aufnahme in die neu gegründete euroskeptische Rechtsfraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ bemüht; sie war erfolglos. Auch die Liste Martin mit ihren drei Mandaten blieb fraktionslos. Damit sind 5 Abgeordnete aus Österreich ohne Fraktion – die größte Anzahl von Parlamentsmitgliedern aus einem der 27 Mitgliedstaaten.

Positionen in Brüssel

Bei den Koalitionsverhandlungen im November 2008 hatten sich SPÖ und ÖVP darauf geeinigt, dass die SPÖ den Generaldirektor des staatlichen Rundfunks ORF behält, die ÖVP im Gegenzug das Vorschlagsrecht für das von Österreich zu nominierende Mitglied der Europäischen Kommission bekommt. Bei der Einigung auf die Person bezüglich letzterer Position gab es Schwierigkeiten. Die SPÖ lehnte Wilhelm Molterer ab, der als Agrarfachmann Chancen auf den Posten des Agrarkommissars gehabt hätte. Schließlich wurde Wissenschaftsminister Johannes Hahn nominiert. Damit musste die ÖVP-Wien aber ihren Parteichef und Spitzenkandidaten für die Gemeinderatswahlen ein knappes Jahr vor der Wahl austauschen. Am 5. November 2009 bestätigte der EU-Hauptausschuss des österreichischen Parlaments diese Nominierung.¹¹ Kommissionspräsident José Manuel Barroso betraute Hahn schließlich mit den Aufgaben der „Regionalpolitik“, wegen der zu verteilenden Finanzmittel eines der wichtigsten Portefeuilles der neuen Kommission.

Es gab noch andere Positionen in Brüssel, für die auch österreichische Politiker in Diskussion standen. So hätte Altkanzler Wolfgang Schüssel durchaus Chancen gehabt, der neue Präsident des Europäischen Rats zu werden. Nach Aussagen von Journalisten wären Vertreter Dänemarks und mehrerer osteuropäischer Staaten hinter ihm gestanden; als „EU-Außenministerin“ wäre auch Ex-Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) bis kurz vor dem entscheidenden Gipfel im November 2009 im Gespräch gewesen.¹²

Auf SPÖ-Seite war offensichtlich der Vorgänger von Bundeskanzler Werner Faymann, Alfred Gusenbauer, ebenfalls im Gespräch für den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Doch Bundeskanzler Faymann soll diese Kandidatur nicht unterstützt haben. Beim Sondergipfel zur Nominierung des neuen EU-Führungsteams am 19. November in Brüssel lud Bundeskanzler Faymann seine sozialdemokratischen Kollegen in die österreichische EU-Vertretung. Auf diesem informellen Treffen einigten sich die anwesenden Regierungschefs auf die Britin Catherine Ashton als Hohe Repräsentantin.¹³

8 Sommer, Anmerkung 4, S. 109.

9 Filzmaier et al., Anmerkung 5, S. 13.

10 Sommer, Anmerkung 4, S. 108.

11 Regina Pöll: Hahns Nominierung fix, doch EU-Posten wackelt noch, in: Die Presse, 6.11.2009.

12 Regina Pöll: EU-Topjobs: Schüssel und Plassnik bis zuletzt im Rennen, in: Presse am Sonntag, 22.11.2009.

Urteile des Europäischen Gerichtshofs

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigte im September 2009 die EU-Kartellstrafen gegen vier österreichische Banken, die im so genannten „Lombard-Club“ Absprachen über Zinsen und Gebühren getroffen hatten. Der EuGH bestätigte das Urteil des Gerichtshofs erster Instanz von 2006. Dieser Gerichtshof hatte weitgehend der EU-Kommission Recht gegeben, die 2002 verhängten Bußgelder wurden dabei geringfügig auf 120,47 Mio. Euro verringert. Damit blieben die Geldbußen für die Erste Bank bei 37,69 Mio. Euro, für die Raiffeisen Zentralbank bei 30,38 Mio. Euro, für die Bank Austria 30,38 Mio. Euro und für die Österreichische Volksbanken AG 7,59 Mio. Euro. Der Generalanwalts hatte dem Gericht erster Instanz „Rechtsfehler“ vorgeworfen und eine Herabsetzung der Strafen verlangt. Die Banken reagierten mit Unverständnis.¹⁴

Im April 2010 befand der EuGH in der Rechtssache C-73/08, dass ein EU-Land den Zugang zu seinen medizinischen Hochschulen und Universitäten für Bürger anderer EU-Länder beschränken darf. Der diskriminierende Staat muss auf Basis „zuverlässiger, übereinstimmender und beweiskräftiger Daten“ nachweisen, dass die öffentliche Gesundheit gefährdet wäre, wenn zu viele Ausländer Medizin studieren und dann in ihre Heimat zurückkehren. Dieser Urteilsspruch zugunsten der französischsprachigen Gemeinschaft in Belgien unterstützte die in Österreich 2007 eingeführte Quotenregelung für den Zugang zum Medizin- und Zahnmedizinstudium – so Österreich beweisen kann, dass es künftig zu wenige Ärzte hätte, wenn zu viele Deutsche in Österreich studierten, die nach der Promotion in ihre Heimat zurückkehrten.¹⁵

Wirtschaftskrise

Am 19. Mai 2010 beschloss der Nationalrat mit den Stimmen der SPÖ-ÖVP-Regierungsparteien und zwei grünen Abgeordneten die Griechenland-Hilfe und den Euro-Haftungsschirm.¹⁶ Österreich stellte 2,3 Milliarden Euro an Krediten für Griechenland und zur Stabilisierung des europäischen Währungssystems 15 Milliarden Euro zur Verfügung, wobei die Regierung gleichzeitig den Bankenhaftungsschirm für die österreichischen Banken um 15 Milliarden Euro reduzierte.

SPÖ-Klubchef Cap warf der Schweiz vor, „Trittbrettfahrer“ zu sein, sich als Nicht-EU-Mitglied nicht an der Rettung des Euro zu beteiligen und dafür Schwarzgeld aus Griechenland in Banken des Landes zu horten; deutsche Politiker schlossen sich Caps Meinung an. Die Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey widersprach: Die Schweiz stütze den Euro durch Devisenkäufe sowie als Mitglied des Währungsfonds und unterstütze die neuen EU-Länder finanziell.¹⁷

Banken und Bankgeheimnis

Als Zeichen des Wirtschaftsaufschwunges in Österreich verfünffachte der ATX, der Index der wichtigsten Aktien an der Wiener Börse, seinen Wert zwischen 2000 und 2007. Ab Juli

13 Wolfgang Böhm/Christian Ultsch: Faymann verhinderte einen EU-Außenminister Gusenbauer, in: Die Presse, 14.3.2010.

14 EuGH bestätigt: Kartellstrafen gegen Lombard-Club-Banken, in: Der Standard, 24.9.2009.

15 Oliver Grimm: EuGH: Quoten für ausländische Studenten erlaubt, in: Die Presse, 14.4.2010.

16 Parlamentskorrespondenz/01/19.05.2010/Nr. 366.

17 Oliver Pink: Schweiz gegen Österreich: Kleinkrieg unter Kleinstaaten, in: Die Presse, 19.5.2010.

2007 und in der Rezession der Weltwirtschaft verlor er dann bis zum März 2009 70 Prozent seines Wertes. Bis Ende Juni 2010 nahm er um etwa 40 Prozent wieder zu.¹⁸ Die österreichischen Banken, die in den mittel- und osteuropäischen Ländern investiert hatten, stabilisierten sich 2009, fast niemand sprach mehr von der Gefahr einer Krise.¹⁹ Es gab jedoch eine gewichtige Ausnahme: im Dezember 2009 musste die sechstgrößte österreichische Bank, die Kärntner Hypo Alpe Adria, per Notverstaatlichung gerettet werden.²⁰

Der Streit um das österreichische Bankgeheimnis ging weiter. Im EU-Ministerrat vom 10. November 2009 verteidigten Österreich und Luxemburg die Geheimhaltung von Bankdaten, indem sie die Annahme einer Richtlinie verhinderten. Diese sollte die Zusammenarbeit der Finanzbehörden verbessern, vor allem durch einen automatischen Austausch bestimmter Informationen zwischen den Finanzämtern der EU-Staaten. Doch Österreich und Luxemburg wollen keinen automatischen Informationsaustausch, solange Drittstaaten wie Liechtenstein und die Schweiz nicht vergleichbare Verpflichtungen eingehen. Die beiden Staaten waren nun nach Aussagen von Diplomaten anderer EU-Staaten „komplett isoliert“.²¹

Im März 2010 berichteten Medien, dass die kalabrische Mafia Betrugereien um zwei Milliarden Euro begangen haben soll; österreichische Banken wären im großen Stil zur Geldwäsche heran gezogen worden.²² Vermutlich in Reaktion darauf und auf die Kritik der „Financial Action Task Force“ der OECD an zu laschen Anti-Geldwäsche-Bestimmungen in Österreich beschlossen SPÖ, ÖVP und Grüne am 20.5.2010 eine Reihe gesetzlicher Anpassungen. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) sah darin ein „gutes Instrument“ im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität, Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche. BZÖ und FPÖ lehnten jedoch die Gesetzesvorlage ab.²³

Weiterführende Literatur

- Nicole Alecu de Flers: A „Militarisation“ of the EU? The EU as a Global Actor and Neutral Member States, in: Finn Laursen (Hrsg.), *The EU as a Foreign and Security Policy Actor*, Dordrecht: Republic of Letters Publishing 2009, S. 301-318.
- Gerda Falkner/Stefanie Edler-Wollstein: Small countries with vivid social science traditions (Austria, Belgium, Switzerland, Sweden, Denmark, and Finland), in: Beate Kohler-Koch/Fabrice Larat (Hrsg.), *European Multi-level Governance. Contrasting Images in National Research*: Edward Elgar Publishing Ltd 2009, S. 107-120.
- Waldemar Hummer/Walter Obwexer (Hrsg.): *Der Vertrag von Lissabon*, Nomos-facultas, Baden-Baden-Wien 2009.
- Paul Luif/Sabiha Senyücel Gündoar/Ceren Zeynep Ak: How common is the Common Foreign and Security Policy of the European Union? Where does Turkey fit in?, TESEV Publications, Istanbul 2009.
- Paul Luif gemeinsam mit Martin Berger, Bernhard Elias und Georg Zahradnik: „Strategien kleinerer europäischer Staaten in der Technologiepolitik als Antwort auf die Herausforderung durch China und Indien“: Die Entwicklung von Strategien in Finnland, Schweden, der Schweiz und den Niederlanden, Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip), Wien, September 2009 (= Arbeitspapier 61).
- Johannes Pollak/Peter Slominski: Zwischen De- und Re-parlamentarisierung: Der österreichische Nationalrat und seine Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2/2009, S. 193-212.

18 Berechnungen nach http://www.wienerbourse.at/prices_statistics/statistics/monthly/monatsstatistik.html.

19 Stefan Wagstyl: Uneasy calm after turmoil, in: *Financial Times*, 3.12.2009; vorsichtig Jack Ewing: Austrian Banks That Profited in Eastern Europe Now Share Region's Problems, in: *New York Times*, 27.6.2010.

20 Hypo Alpe Adria in staatlicher Obhut. Hauptaktionär lässt österreichische Bank fallen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.12.2009.

21 Oliver Grimm: Bankgeheimnis: Die Achse Wien-Luxemburg hält, in: *Die Presse*, 7.11.2009.

22 Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins profil, vgl. Dienten heimische Banken der Mafia für Geldwäsche?, in: *DiePresse.com*, 7.3.2010.

23 Neue Anti-Geldwäsche-Bestimmungen beschlossen, in: *DiePresse.com*, 20.5.2010.